

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Carsten Hübner, Eva-Maria Bulling-Schröter, Ursula Lötzer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/6373 –**

Reform der Hermesbürgschaften nach ökologischen, sozialen und entwicklungspolitischen Kriterien

A. Problem

Unverzügliche Vorbereitung einer grundsätzlichen Reform der Exportkreditvergabe und deren Umsetzung; Ausrichtung dieser Reform an sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Kriterien.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/6373 – abzulehnen.

Berlin, den 14. November 2001

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber
Vorsitzender

Erich G. Fritz
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Erich G. Fritz

I.

Der Antrag wurde in der 183. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Juli 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Haushaltsausschuss überwiesen.

II.

Über den Antrag der Fraktion der PDS soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine grundsätzliche Reform der Exportkreditvergabe vorzubereiten und umzusetzen, die entsprechend einer umfassenden Nachhaltigkeit an sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Kriterien ausgerichtet ist. Im Rahmen eines umfassenden Katalogs wird im Einzelnen erläutert, welchen Kriterien diese Reform genügen muss.

III.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 17. November 2001 beraten. Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 10. Oktober 2001 beraten. Er beschloss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der PDS sowie bei Abwesenheit der Fraktion der FDP, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 68. Sitzung am 7. November 2001 beraten. Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der PDS sowie bei Abwesenheit der Fraktion der FDP, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 87. Sitzung am 18. Oktober 2001 beraten. Er beschloss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, dem federführenden Ausschuss die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 14. November 2001 beraten. Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/6373 – zu empfehlen.

Berlin, den 14. November 2001

Erich G. Fritz
Berichtersteller

